

Biermarken und Banken schwelgten Mittel- und Oberschicht in dem Gefühl, teilzuhaben an der „Revolution“.

Aber was für einer Revolution?

Cory ist umgeben von Leuten der alten, selbst korrumpierten Bourgeoisie. Als sie vergangenen Mittwoch die Namen ihrer Minister bekanntgab, klang es, als sei sie eine große Koalition mit Marcos eingegangen, nur eben ohne Marcos. Jeder dritte in ihrem 18köpfigen Kabinett hatte unter Marcos wichtige Regierungsposten eingenommen. Der prominenteste Mitläufer: Juan Ponce Enrile, über 20 Jahre lang Marcos' treuer Weggefährte, bis Samstag vorletzter Woche Marcos' Verteidigungsminister, Architekt des Kriegsrechts, mit dem Marcos das Volk acht Jahre lang knutete, von Marcos als sein Nachfolger ausersehen.

Seine Rebellion in letzter Minute, als er wußte, daß Marcos sich nicht halten konnte, machte ihn zum mächtigsten Mann in Corys Kabinett: Er ist wieder Verteidigungsminister.

Neben Enrile ist Vizepräsident Salvador Laurel, 57, der einflußreichste Mann im Kabinett. Nicht nur, daß er gleichzeitig auch Ministerpräsident und Außenminister ist. Er gilt als der politische Kopf, der plant und denkt, was Cory sagen darf. Auch Laurel – sein Vater war philippinischer Staatspräsident während der japanischen Besatzung – war lange ein Marcos-Mann. Laurels Familie hatte 1965 den bis dahin kaum bekannten Anwalt Ferdinand Marcos auf den Schild gehoben, ihn auch mit finanzieller Unterstützung zum Präsidenten gemacht. Erst 1981 sagte sich Laurel von Marcos los und schwang sich zum Sprecher der Opposition auf.

Alle Minister in Corys Kabinett entstammen wohlhabenden, traditionsreichen Familien. Auf die Frage, warum sie keinen Vertreter der Arbeiter oder Bauern in ihrer Regierung habe, der Massen also, die sie im Wahlkampf getragen haben, antwortete die frischgekurte Präsidentin: „Gebt mir Zeit. Ich weiß, daß ich meine Wahl dem Volk verdanke.“

„Dies ist nur ein Übergangskabinett“, meint ein enger Berater der Präsidentin, „Leute wie Enrile können vielleicht

einen Monat bei uns bleiben, nicht länger.“

Die Regierung der Corazon Aquino lebt von und mit Widersprüchen. Das wurde gleich bei der ersten Pressekonferenz der Präsidentin am vergangenen Mittwoch deutlich. „Was wird mit den politischen Gefangenen geschehen? Wie viele gibt es überhaupt?“ fragte ein Journalist. „Da muß ich meinen Verteidigungsminister konsultieren“, erwiderte Cory und wandte sich Enrile zu. Gelächter: Denn Ponce Enrile ist eben der Mann, der unter Marcos verantwortlich dafür war, daß einige hundert Oppositionelle hinter Gitter kamen.



Jubelnde Cory-Anhänger
Fast als Heilige verehrt

Noch geht bei den Reichen die Angst vor einem Umsturz, vor einer wirklichen Revolution um. In der Marcos-Ära sind die Kampfverbände der kommunistischen Untergrundbewegung von ein paar hundert Guerrilleros auf eine Armee von mehr als 15 000 Mann angeschwollen. Bei mindestens einer Million Filipinos finden sie Unterstützung.

Doch die Wahl hat schon einige Gruppen am linken Rand des politischen Spektrums davon überzeugt, daß es besser sei, sich in den demokratischen Prozeß einzugliedern. 12 von 15 Unterorganisationen der „Bayan“, einer linken Gruppe, die als Fassade der verbotenen Kommunistischen Partei gilt, schlossen sich der Aquino-Bewegung an. Cory

hat eine Amnestie für alle Guerrilleros angekündigt, sofern sie die Waffen niederlegen. „Die Filipinos sind Idealisten und keine Ideologen“, sagt Oberst Alex Flores, Experte für die Bekämpfung der Guerilla, „die Hälfte der Untergrundkämpfer sind doch nur dem Namen nach Kommunisten. Wir werden bald erleben, daß viele heimkehren.“

Doch dann darf Corazon Aquino die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen. Wenn aber, wie zu erwarten, die „Heilige“ sich als fehlerhafter Mensch erweist, könnte die Flucht junger Filipinos in die Berge gar noch zunehmen.

Vor allem aber: Kann Corazon Aquino sich durchsetzen? Ihre politische Unerfahrenheit und die Präsenz ränkegeübter starker Männer in ihrer Regierung stimmen eher skeptisch. Nicht nur Ponce Enrile und Salvador Laurel haben nie ein Hehl aus ihren Ambitionen gemacht, selbst Präsident zu werden. „Ihren Gegner hat Cory besiegt“, sagt der Verleger Maximo Soliven, „kann sie auch ihre Freunde besiegen?“

Noch überwiegt die Freude über das Ende einer langen, verhassten Diktatur. „Die Philippinen sind neu geboren“, meint Pater Donelan von der Ateneo-Universität, „aber das Leben von Neugeborenen ist immer in Gefahr.“

ÄGYPTEN

Allahs Zug

Aufgestachelt von religiösen Extremisten, meuterten Tausende schlechtbezahlter Sicherheitspolizisten – ein Warnzeichen für Präsident Mubarak.

Soldaten in schwarzer Wolluniform setzten das Hotel in Brand. Entsetzte Schweizer und französische Touristen flohen über den Zaun des Bungalow-Hotels „Jolieville“ und suchten Sicherheit im nahen Fellachen-Dorf Kardasa.

Etwa sechs Hundertschaften der ägyptischen „Ann markasi“ (Zentrale Sicherheitstruppe) stürmten mit Petroleumfackeln in zwei weitere nahe gelegene Luxusherbergen, „Holiday Inn Sphinx“ und „Holiday Inn Pyramids“. Erst beim Angriff auf das älteste Renommierhotel des Nahen Ostens, das „Mena House“ am Fuß der Cheops-Pyramide, stießen die Meuterer auf Widerstand. Eine Polizeieinheit eröffnete das Feuer auf ihre brandschatzenden Kollegen.

Vier weiße Fiats rasten inzwischen über die elf Kilometer lange Pyramiden-Straße zum Zentrum von Kairo westlicher Trabantenstadt Giseh und riefen die Bevölkerung über eilig montierte Lautsprecher dazu auf, die Randalierer zu unterstützen: „Öffnet dem Zuge Allahs Wege und Tore“, und: „Satans Herrschaft ist am Ende.“ Mehrere Nachtclubs am Wege, etwa das bei saudiarabi-



Staatspräsident Mubarak
Mehr Geld für die Beamten?

schen Kunden beliebte Kasino „El-Lail“ (Die Nacht), gingen in Flammen auf.

So spontan und zufällig, wie die plötzlichen Ausschreitungen zunächst schienen, war die Gewalteruption nicht: Fast auf die Minute genau brachen ähnliche Unruhen in Kairo nördlichem Vorort El-Kaljubia und in den Städten El-Ismaïlia, Asjut und Sohag aus.

Zum ersten Mal seit dem Sturz des Königsregimes 1952 rollten kampfbereite Panzer durch die ägyptische Hauptstadt. Sturmtruppen errichteten Straßensperren an den Ausfallstraßen und im Stadtzentrum. Als auch im Süden und Osten der Zwölf-Millionen-Stadt Angehörige der Schutzpolizei auf die Straße gingen und zu plündern begannen, ließ die Luftwaffe Kampfhubschrauber aufsteigen. Reguläre Armee-Einheiten setzten Scharfschützen und Tränengasbomben ein. Mindestens 40 Menschen kamen zu Tode, über 300 erlitten Verletzungen.

Der Anlaß des für Ägypten unerhörten Geschehens (Tageszeitung „Al-Achbar“: „Wir sind doch nicht im Libanon“) war simpel: Unbekannte stachelten die 120 000 Mann der Zentralen Sicherheitspolizei mit dem Gerücht auf, ihre dreijährige Dienstzeit solle um weitere zwölf Monate verlängert werden.

Diese überwiegend aus dörflichen Rekruten zusammengesetzte Truppe führt ein kärgliches Dasein. Zwar garantiert der Staat den Sicherheitspolizisten Kleidung und Verpflegung. Doch statt in Kasernen schlafen sie in Zelten, müssen ihre Wäsche selber waschen (graugelbe Armeeunterhosen, die auf Stacheldraht-verhauen trocknen, künden gewöhnlich von einem Camp der Staatsschützer) und beziehen einen spärlichen Sold von 14 ägyptischen Pfund (etwa 25 Mark).

Daß diese Leidenszeit verlängert werden könnte, gar um ein ganzes Jahr, wirkte auf die Schwarzuniformierten wie

eine Provokation. Angeschärft wurde der Aufruf zur Rebellion mit islamischen Parolen – für die Ägyptens Fellachen ohnehin besonders empfänglich sind.

Die plötzlichen Unruhen zeigten zugleich, wie wenig stabil die ägyptische Gesellschaft ist. Gut ein Fünftel der etwa 50 Millionen Ägypter lebt unter dem Existenzminimum, darunter viele Beamte und Akademiker. Auch islamische Fundamentalisten, denen Präsident Mubaraks prowestliche und nach innen relativ liberale Politik nicht paßt, rühren sich immer stärker.

Daß religiöse Eiferer hinter den Unruhen standen, zeigte sich an den Zielen der erbitterten Staatsschützer: Prediger mit wallenden Bärten und weiten weißen Gewändern lenkten die Meuterer auf das, was sie für Sündenpfuhle halten. Fast alle Nachtlokale der Touristenregion zwischen Sphinx, Pyramiden und dem westlichen Nilufer gingen in Flammen auf. Geschäfte, die Bier und anderes Teufelsgetränk verkaufen, wurden zertrümmert.

Im südlichen Vorort Tura erzwangen die frommen Rädelsführer die Freilassung mehrerer hundert Insassen des Untersuchungsgefängnisses, vor allem staatsgefährdender religiöser Ultras, die sich dem Kampf gegen Andersgläubige und gegen den „gottlosen“ Staat verpflichtet haben.

Die meisten der rund 2000 festgenommenen Rebellen hatten Bündel druckfrischer Zehn-Pfund-Noten bei sich. Von den anonymen Spendern wurde berichtet, daß sie Bärte trugen – in Ägypten gewöhnlich das Erkennungszeichen religiöser Extremisten.

Mitglieder der unter der Nasser-Diktatur verfolgten militanten Moslem-Bruderschaft hatten seit ihrer Entlassung aus den Gefängnissen 1970 mit der Unter-

grundarbeit begonnen. Sie nutzten die Frustration der militärisch gedemütigten und wirtschaftlich gebeutelten Ägypter und konzentrierten ihre Propaganda vor allem auf die unteren Ränge der Polizei und anderer Sicherheitsorgane.

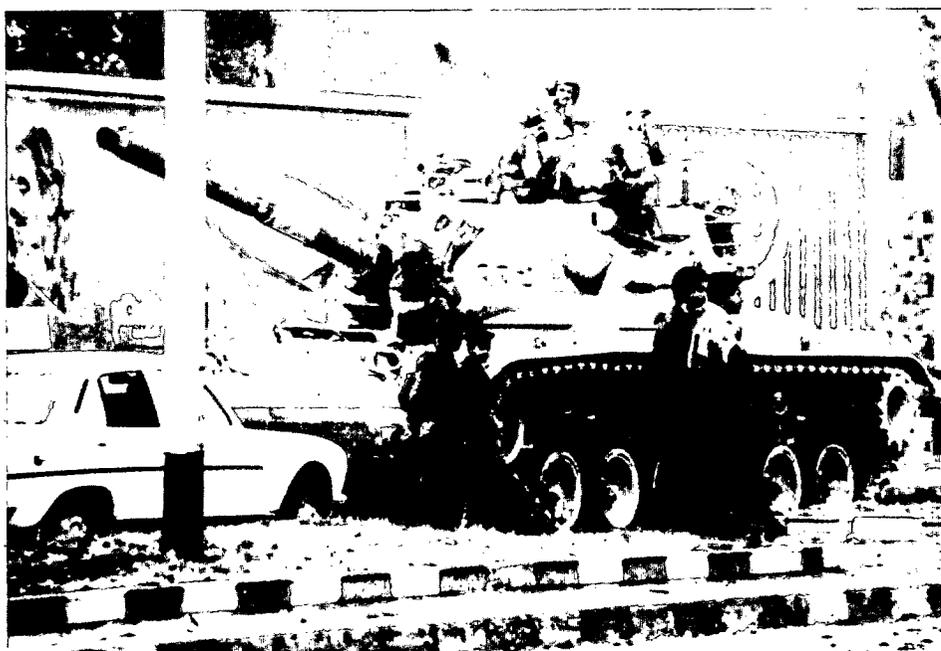
Ihr erster Erfolg war der Aufstand der Unteroffiziere und Kadetten der „Technischen Militärschule“ 1974. Im August 1981 verhinderten Sympathisanten der frommen Streiter in Geheimdienst und Innenministerium die rasche Beilegung der Zusammenstöße zwischen Moslems und Kopten im Kairoer Armeleute-Viertel El-Sauja el-Hamra. Ihr bisher größter Triumph war die Unterwanderung des Unteroffizierskorps einer Armee-Einheit, womit die Ermordung von Präsident Anwar el-Sadat erst möglich wurde.

Nährboden für die religiös verbrämte Hetze sind vor allem die sozialen Gegensätze des Landes. Zwar führten die Ankurbelung der Privatwirtschaft und die Überweisungen von etwa vier Millionen ägyptischen Gastarbeitern aus den Golfstaaten in den letzten Jahren zu einem Boom, der den Lebensstandard der Massen rasch ansteigen ließ.

Auch profitieren alle Ägypter davon, daß Mubarak seit Jahrzehnten überfällige Verbesserungen der Infrastruktur anordnet. Kairo Verkehrschaos wird im nächsten Jahr durch eine U-Bahn gebessert, die vor einem Vierteljahrhundert geplant, aber erst jetzt gebaut wird. Milliarden werden in den Bau von Telefonnetzen, Abwässerkanälen und Sozialwohnungen investiert.

Doch das änderte nichts an der Misere vor allem der unterbezahlten Staatsdiener, die auch in Mubaraks Ägypten bisher zu kurz gekommen sind.

Mubarak weiß, daß er mit Härte allein den „schweigenden Marsch“ (so das religiöse Hetzblatt „a-l'tisam“) nicht auf-



Panzer gegen Aufständische in Kairo: „Wir sind doch nicht im Libanon“

halten kann, wenn er nicht auch die Gründe für die Unzufriedenheit bekämpft: Entgegen den Empfehlungen von Weltbank und Währungsfonds müßte nach Ansicht ägyptischer Wirtschaftler die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und staatlichen Dienstleistungen nicht nur beibehalten, sondern ausgeweitet werden. Die Gehälter der Beamten und Angestellten der verstaatlichten Betriebe müßten angehoben und an die Inflation (offiziell 20 Prozent) angepaßt werden.

Für politische Entlastung könnte Mu-barak sorgen, wenn er den Oppositionsparteien größeren Spielraum gewährt. Immer mehr Kritiker verlangen vom Präsidenten, den Vorsitz über die Regierungspartei NDP (Nationaldemokratische Partei, eine Erfindung seines autoritären Vorgängers Sadat) aufzugeben und sich mit der Funktion eines „Schiedsrichters über allen Parteien“ zufriedenzugeben – auch wenn das mit einer gewissen Machteinbuße verbunden wäre.

SOWJET-UNION

Herrliches Schicksal

Gorbatschow, sonst gern dynamisch, gab sich auf dem Parteitag konventionell und orthodox – aus Sorge um seine Machtposition.

Die Frage, die alle am meisten interessiert, ließ der schlaue Taktiker einfach offen. Ob Michail Gorbatschow nun ein neuer Stalin oder ein neuer Dubček sei, war am Dienstag voriger Woche nach einer Fünf-Stunden-Rede des Generalsekretärs immer noch unentschieden.

Wolkig, langweilig und ermüdend vertsetzte er die 4993 Delegierten des 27. Parteitags der KPdSU in eine Stimmung, als rede da wieder ein Chef vom Schlag des alten, konfliktscheuen Breschnew – und nicht der charmanteste und leutseeligste Parteichef der Sowjetgeschichte.

Jeder einzelne Delegierte sorgt sich um seinen Posten, alle zusammen repräsentieren sie die herrschende Klasse der Sowjet-Union und haben gemeinsame Interessen zu verteidigen. Michail Gorbatschow, bislang als unnachsichtiger Saubermann bekannt, schmeichelte ihnen. „Die Kader“, sprach er, „sind unser wichtigstes, wertvollstes Gut.“

Am Anfang der Verlesung seiner 209-Seiten-Rede – in unlustiger Eile, die seine Simultandolmetscher für ausländische Gastdelegierte kaum folgen ließ – verdammte Gorbatschow zunächst einmal im vertrauten Agitprop-Stil den Westen, den „Imperialismus“, während der „Triumph der Ideen der Freiheit“ im Sowjetland stattfinde.

Der Kapitalismus wolle, wie von Marx vorausgesagt, „den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken“. Er befinde sich im Abstieg, sei von sozialen

Explosionen bedroht, hasse „alles Demokratische“, propagiere im Kulturleben die „Bräuche der Verbrecherwelt“, habe Afghanistan „in eine einzige blutende Wunde verwandelt“ und verhindere fortschrittliche Umgestaltungen in der Dritten Welt (gerade eben hatte der Sowjetbotschafter in Manila dem stürzenden Diktator Marcos zu seinem Wahlsieg gratuliert).

Für die USA erfand Gorbatschow eine neue Definition: „Das System des monopolistischen Totalitarismus.“

Bei den hausgemachten Problemen pries Gorbatschow, den Delegierten zu Gefallen, erst einmal die letzten 25 Jahre, auf die sie „durchaus stolz“ sein könnten: Sie hätten „im Grunde das Land neu aufgebaut“, man müsse es nur „noch stärker“ machen.

Freilich „ging das Tempo des Wirtschaftswachstums in den siebziger Jahren zurück“, die Pläne wurden nicht erfüllt, zwischen Nachfrage und Angebot gab es „eine Diskrepanz“. Folge: „Ohne beschleunigtes Wirtschaftswachstum werden die sozialen Programme nur ein frommer Wunsch bleiben.“

Lieblicher ließ sich der Zustand der UdSSR nicht beschreiben: Das Lebensmittelproblem harre einer „kardinalen Lösung“. Drei Auswege für die Versorgungskrise bot Gorbatschow an: einmal die neue Superbehörde für Landwirtschaft, Gorbatschows Erfindung – die allerdings von der Partei in der Sowjetrepublik Tadschikistan schon heftig kritisiert wird, weil sie nicht funktioniert.

Dann, hoffnungsträchtig, die technische Modernisierung. Wenn man etwa neue Mährescher vom Typ „Don 500“ einsetze, ließen sich 400 000 Landtechniker freisetzen und die Getreideverluste um Millionen Tonnen verringern.

Schließlich könne man (wie schon 1921) die Ablieferungen der Kolchosen an den Staat durch eine Naturaliensteuer ersetzen, bei freiem Handel aller Überschüsse. Und ganz nebenher trug der Agrarexperte Gorbatschow als Mittel gegen die „Unlust, besser zu arbeiten“, die chinesische Idee vor: „Werkverträge auf der Ebene einer Familie.“

Gleich darauf benutzte er zum ersten Mal das sonst strikt gemiedene Wort „Reform“, die sogar – in der Wirtschaftslenkung – eine „radikale“ sein soll.

Was sich ändern wird im Russischen Reich, verriet Gorbatschow nur undeutlich. Der Reformier klagte über eine verbreitete „Haltung, in jeder Veränderung des Wirtschaftsmechanismus ein Abweichen von den Grundsätzen des Sozialismus zu sehen“. Er widersprach „jenen, welche die Hoffnung hegen, alles würde sich schon einrenken und in das alte Gleis zurückkehren. Das wird es nicht geben, Genossen!“

Das war das Äußerste. Nach Selbstkritik klang beinahe schon, als Gorbatschow einen literarischen Helden des



Sowjetführer Gorbatschow (M.), Genossen

Dichters Gogol zitierte, „der alle möglichen phantastischen Pläne schmiedet, praktisch jedoch nichts tut und nichts ändert“.

Vorsicht war geboten, es ging um Gorbatschows eigene Machtposition. In den vier größten Parteiorganisationen des Landes ist er auf Widerstand gestoßen: In der Hauptstadt Moskau brauchte er zwei Monate, um den als örtlichen Parteichef bereits pensionierten Wiktor Grischin auch als Politbüro-Mitglied in den Ruhestand zu schicken. Nachfolger Boris Jelzin erklärte öffentlich mehrere städtische Funktionäre für unfähig. Die konnten dennoch nicht entlassen werden, sondern wurden sogar Parteitagsdelegierte.

Die Leningrader Genossen holten sich als neuen Lokalchef einen Vertrauten des geschätzten Gorbatschow-Widersachers Grigorij Romanow; und dieser Romanow trat jetzt wieder als Parteitagsdelegierter auf.

Die Parteiorganisationen der Ukraine und Kasachstans hielten an ihren von der Zentrale streng gerügten Chefs fest, Wladimir Schtscherbizki und Dinmucharmed Kunajew – die beiden einzigen Mitglieder des auf dem vorigen Parteitag gewählten Politbüros, die Gorbatschow nicht hatte degradieren können.

Der Parteitag muß dem neuen Zentralkomitee zustimmen, und dessen